

"Fernöstliche Kompromisse" bei Vertragsstornierungen?

Eckard Garms / Manfred Pohl

Ab November 1980 informierte die China Technical Import Corp. deutsche, japanische und amerikanische Firmen darüber, daß viele der in den Jahren 1978 bis 1980 kontrahierten Anlagenexporte in die Volksrepublik storniert oder zumindest verschoben werden sollten. Dies war die zweite Stornierungswelle. Schon Anfang 1979 waren hauptsächlich japanische Unternehmen von einem "Überdenken" der gewünschten Importprojekte überrascht worden. Von den jetzt fraglich gewordenen Projekten sind hauptsächlich die zweite Ausbaustufe des Stahl- und Walzwerks Baoshan, das Dongfang-Chemiewerk in Beijing und verschiedene petrochemische Werke in Nanjing betroffen (Vertragspartner und Auftragsvolumen der möglicherweise von den Stornierungen betroffenen Anlagenimporte sind in der Zusammenstellung aufgeführt).

Was sind die Gründe für die Schwierigkeiten Beijings, die Anlagenimporte in der geplanten Weise durchzuführen?

1. Finanzierungsprobleme

Chinesischerseits werden zuallererst Finanzierungsprobleme angegeben. Dies betrifft sowohl die Finanzierung von Importen durch Devisen als auch die Finanzierung der Eigenleistungen in China selbst.

Obwohl die chinesische Volksrepublik ihr Außenhandelsdefizit i.J. 1980 durch kräftige Exportsteigerungen auf nur 800 Mio. Yuan beschränken konnte, zögert Beijing bei einer Neuverschuldung im Ausland. Zum einen betrifft das die hohen Zinssätze, die bei Krediten auf rein kommerzieller Basis verlangt werden. Deshalb ist China daran interessiert, billige Kredite als Entwicklungsland in Anspruch nehmen zu können. Aber auch diese Kreditaufnahme im Ausland wird sich in engen Grenzen halten, da die chinesische Fähigkeit zur Rückzahlung sich nicht mehr auf relevante Erdölausfuhren stützen kann. Die Hoffnung, Devisen in solchen Größenordnungen wie die erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens verdienen zu können, sind mit den rückläufigen Erdölförderungen ebenfalls zerstört.

Doch auch die innerchinesisch bereitstehenden Finanzierungsmittel sind zu knapp bemessen. Gerade im Februar 1981 gab der Chef der Planungskommission bekannt, daß Chinas Haushaltsentwurf für 1980 gekürzt wird, daß besonders die Investitionsmittel um rund 45% zusammengestrichen werden. Entsprechend fehlen die Mittel für die Anschlußfinanzierung importierter Produkte. Sowohl bei den Chemiewerken als auch bei Baoshan ist hier mit einer Ziffer an Eigeninvestitionen zu rechnen, die doppelt so hoch wie die in DM gerechneten Kaufpreise der jeweiligen Werke ist. Das heißt, das Gesamtkostenvolumen beträgt rund das Dreifache der reinen Aufwendungen für das Werk selbst. Diese Zahlen werden von den ausländischen Geschäftspartnern der Chinesen genannt, sie dienen jedoch auch als Ausgangsziffer für die innerchinesischen Berechnungen (1).

China hat sich selbst ein rigoroses Sparprogramm bei seinen investiven Ausgaben verordnet, um einen größeren Anteil sei-

nes Volkseinkommens für konsumtive Zwecke zur Verfügung stellen zu können. Der ehemalige Vorsitzende der Staatlichen Investitionskommission, Gu Mu, sagte dazu: "Wir sind uns auch darüber bewußt, daß die Entscheidung, das Projekt (Baoshan) aufzuschieben, dazu führen kann, daß wir in internationalen Geschäftskreisen unsere Kreditwürdigkeit verlieren. Während wir den Bau nicht verzögern wollten, müssen wir jedoch der Verbesserung des Lebensstandards des Volkes Priorität einräumen. Die Regierung kann gar nicht anders, als sich zuerst für die Kreditwürdigkeit der Regierung bei ihren Bürgern zu entscheiden" (2).

Die Finanzierungsschwierigkeiten der Volksrepublik lassen sich auch daran erkennen, daß sich die Volksrepublik jetzt darum bemüht, die von der japanischen Import-Export-Bank zur Verfügung gestellten Mittel für die sechs großen Infrastrukturprojekte zur Kohleförderung und -verschiffung ebenfalls für die innerchinesische Finanzierung einzusetzen. Das ursprüngliche Finanzierungskonzept sieht vor, die japanischen Gelder nur für die zu importierenden Teile der Projekte einzusetzen, so daß die innerchinesischen Aufwendungen von den Chinesen selbst zu tragen sind. Inzwischen gibt es jedoch darüber Berichte, daß bei japanischen Ausschreibungen auch die Chinesen zu den Bietern gehören.

2. Rückläufige Ölförderung

Der zweite Grund für die mögliche Einstellung der Verschiebung der Projekte wird von den Chinesen in ihrer rückläufigen Ölförderung gesehen. Dies betrifft einmal die laufende Energieversorgung fertiggestellter Projekte, noch stärker jedoch das Öl als Rohprodukt für die geplanten chemischen Werke.

Für 1981 gehen die chinesischen Pläne davon aus, daß die Erdölförderung von 106 auf 100 Mio.t zurückgehen wird, für Mitte der 80er Jahre verkündete Gu Mu eine Reduzierung der Erdölförderung um zehn bis zwanzig Prozent. Auch die Offshore-Explorationen sind mittelfristig nicht in der Lage, hier die Versorgungslücke zu schließen. Für China ergibt sich somit die Notwendigkeit, nicht nur seine Ölausfuhren zu drosseln - was es gegenüber Japan tut -, sondern möglicherweise selbst Öl zu importieren. 1980 wurde erstmalig ein Ölimport von 1 Mio.t aus Saudiarabien bekannt.

Rückläufige Erdölförderziffern haben der Volksrepublik somit nicht nur Versorgungsprobleme für die geplanten Chemiekombinate beschert und die schlechte Energieversorgung noch angespannter gemacht, sie haben zudem durch den Ausfall eines der wichtigsten Exportgüter auch die Devisenbilanz des Landes verschlechtert. Politisch lastet man diesen Komplex der "Erdölfraktion" an, zu der Leute wie Gu Mu, der ehemalige Planungschef Yu Qiuli, der Minister für Metallurgie Tang Ke und der Erdölminister Kang Shien gerechnet werden.

3. Politische Richtungskämpfe

Einige der für die Stilllegung erhobenen Vorwürfe sind in diesem Zusammenhang als politische Angriffe auf diese Erdöl-

fraktion zu werten, da sie ökonomisch nur begrenzt vertretbar sind. Als Beispiel kann hier die schlechte Standortwahl des Stahl- und Walzwerks Baoshan dienen. Durch Gründung der Fundamente entstehen Mehrkosten von 1-2 Mrd. DM. Wenn man diese Summe jedoch über einen langfristigen Abschreibungszeitraum von 15 Jahren auf den Tonnenpreis umlegt, so wird dieser sich nur unwesentlich - unter 1 % - verteuern. Ähnliches ist mit der Umladung der importierten Erze zu sagen. Der geplante Hüttenhafen ist für die großen Frachter zu klein, so daß diese zuvor in kleinere Frachter oder Leichter umgeladen werden müssen. Zwar ist auch dies eine Verteuern des Enderzeugnisses, hält sich jedoch in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen. Beide Kritikargumente sind deshalb keineswegs von einer solch ausschlaggebenden Bedeutung, daß sie eine Einstellung des Projektes rechtfertigen könnten.

4. Welche Lösungsmöglichkeiten bieten sich?

Nach dem chinesischen Ersuchen um Auflösung der meisten der eingegangenen Verträge schien eine Einstellung der Projekte die wahrscheinlichste Lösung. Zwar ist in den meisten Verträgen keine Einstellung vorgesehen, aber bei entsprechenden Entschädigungszahlungen ist dies international durchaus möglich. Die Chinesen ließen und lassen keinen Zweifel daran, daß sie bereit sind, die entsprechenden Entschädigungen zu leisten, mußten jedoch in Konsultationen sowohl mit dem von japanischer Seite entsandten "Sonderbotschafter" Okita als auch bei Besuchen in der Bundesrepublik von den betroffenen Firmen erfahren, daß diese Entschädigungssummen sehr hoch liegen würden; oft war der Baufortschritt schon weiter vorangeschritten, als die Chinesen dies zunächst angenommen hatten. Unterlieferanten waren mit der Ausführung der Projekte beauftragt, Projektierungsarbeiten waren fertiggestellt, Teile der Anlagen - die aufgrund ihres speziellen Zuschnittes für die entsprechenden Werke nicht anderweitig absetzbar sind - waren fertiggestellt und zum Teil bereits verschifft. Schloemann-Siemag, Konsortialführer für die Kaltwalz-Anlage in Baoshan, geht zum Beispiel bei der Ermittlung der Schadenshöhe von der Formel "Vertragspreis minus Ersparnis" aus. Bei den meisten Chemieanlagen hieße dies, daß durch Vertragsauflösung fast kein Geld mehr einzusparen war, mithin die Vertragssumme zu 100% fällig werden würde. Auch für den Stahlbereich würde die zu zahlende Entschädigung sicherlich weit über die zehn Prozent, die als Anzahlung geleistet worden waren, hinausgehen.

Schwerwiegend, wenn auch betraglich nicht faßbar, wäre auch der Vertrauensverlust gewesen, den die Chinesen sich mit der einseitigen Aufkündigung der Verträge eingehandelt hätten. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Japan war ein Rückgriff auf die staatlichen Exportkreditversicherer möglich gewesen. Dies hätte Chinas zukünftige Kreditwürdigkeit stark beeinträchtigt.

Ein überlegtes Einstellen der Projekte würde zudem einen nicht abschätzbaren binnenwirtschaftlichen Schaden nach sich ziehen. Das Stahlwerk Baoshan zum Beispiel ist zwar technisch in eine erste und eine zweite Aufbaustufe teilbar, vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her jedoch nicht. Viele der Infrastrukturvoraussetzungen und der Weiterverarbeitungsanlagen werden erst mit Erreichen der vorgesehenen Kapazität von 6 Mio. Jahrestonnen Stahlerzeugung rentabel. Wollte man auf die in der zweiten Aufbaustufe vorgesehene Errichtung des zweiten Hochofens verzichten, so würde dies bedeuten, daß bei einem technischen oder wartungsbedingten Ausfall des ersten Hochofens die Walzstraßen nicht mehr versorgt würden. Falls das Werk wirklich nur halb gebaut werden sollte, dann könnte nach Ansicht deutscher Fachkreise Baoshan wirklich den teuersten Stahl der Welt erzeugen - wie es von chine-

sischer Seite unzutreffend für den Gesamtkomplex geäußert worden war.

Beim jetzigen Stand der Dinge scheint es deshalb für die chinesische Seite erwägenswert geworden zu sein, mit dem Einsatz billiger Auslandskredite und einer bis zur Steigerung der chinesischen Eigenförderung notwendigen Öleinfuhr die Projekte zu retten.

Von den Stornierungen betroffene Projekte

Stahl- und Walzwerk Baoshan

Betroffen: 17-Firmen-Konsortium unter Leitung von Schloemann-Siemag, beteiligt Wean United (USA), Nippon Steel Corp., Siemens AG, AEG, Hoch-Tief AG u.a. Projekt: Kaltwalzwerk, 1,3 Mrd. DM

Mannesmann AG, Rohrkontistraße für nahtlose Röhren, 440 Mio. DM

Mitsubishi Heavy Industries, Mitsubishi Corp.: Warmwalzwerk, 421 Mio. \$

Nippon Steel: 6 Komplexe, unter anderem Chemiekomplex, Energiewerk und Energieverteilungssystem, 300 Mio. US\$

Nanjing Petrochemische Anlagen

Betroffen: Toyo Engineering/C. Itoh & Toko Bussan: zwei 300.000 t-Athylenwerke, 193 Mio. \$

Mitsui Petro-Chemical, Mitsui Ship-Building & Engineering/C. Itoh, Koshu: zwei 140.000 t-Polyäthylenwerke, 87 Mio. \$

Toyo Engineering/Mitsui & Co., Sanko Boeki: 200.000 Jahrestonnen Polyvinylchlorid, 190 Mio. \$

Chiyoda Chemical & Wako Trading: 1 Mio. Jahrestonnen Hydrokrackingwerk, 44 Mio. \$

Shinetsu Chemical/Nichimen: 200.000 Jahrestonnen Polyvinylchlorid-Werk

Davy/Zimmer Polyesterplastik, 200 Mio. \$

Lurgi: zwei Anlagen für Para-Xylol und Benzol, TPA, 900 Mio. DM

Beijing/Dongfang Chemiewerk

Mitsubishi Heavy Industries, Nippon Shokubai/Nissho-Iwai: 25.000 Jahrestonnen Acrylsäurewerk, 31 Mio. \$

Beijing/Yanshan Petrochemiekomplex

Mitsui Petrol Chemical, Mitsui Ship-Building and Engineering/C. Itoh, Koshu: 50.000 Jahrestonnen Phenol, 30.000 Jahrestonnen Acetonwerk

Shengli Petrochemische Werke

Toyo Engineering, Mitsubishi Heavy Industries, Shin-Etsu: 6 Plastik- und synthetische Gummiwerke

Nähe Qingdao

Lurgi: Methanolanlage

5. Verbissener Optimismus in Japan

Das regierungsnaher "Japan Institute of International Affairs" legte im August 1980 eine Studie über die längerfristigen Perspektiven der japanisch-chinesischen Beziehungen vor. Die Studie ist durch Nüchternheit und Realismus gegenüber dem großen Nachbarn gekennzeichnet, betont aber die besondere Verantwortung Japans, zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität in China beizutragen. Im Gegensatz zu den fast euphorischen Ausbrüchen, die der Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages vorangingen, stellt die Studie fest, daß die "Beziehungen nicht auf emotionaler Grundlage beruhen (sollen), sondern (sich) auf die vernünftige Erkenntnis gemeinsamer Interessen beider Länder gründen" (3). Man darf annehmen, daß diese Bewertung auch von japanischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen geteilt wird, und muß sich bei jeder Bewertung der plötzlichen Projektstornierungen diese Einschätzung vor Augen halten. Die Studie warnt nämlich weiter vor übersteigerten Erwartungen und Hoffnungen, welche die chinesische Seite auf Japan setzen könnte: "Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden sollten, würde das in China Mißtrauen... erregen, was wiederum in Japan die neue Generation, die keine sentimentale Begeisterung über China zeigt, zum Mißtrauen und Widerwillen gegen China veranlassen könnte." (4)

Vor diesem Hintergrund hat - wie so oft in Zeiten ökonomisch bedingter, politischer Krisen - eine Reihe von Wirtschaftsorganisationen außenpolitische Aufgaben übernommen, um die genannten negativen Entwicklungen im Verhältnis zwischen Japan und China zu verhindern. Es sind vor allem zwei Organisationen, nämlich die "Japan Association for the Promotion of International Trade" (Vorsitzender: der ehemalige Außenminister Fujiyama Aichiro) und die "Japan Association on Economy and Trade", die in solchen Fällen aktiv werden. Beide Organisationen hatten schon bei der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen und beim Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages eine Schlüsselrolle gespielt, insbesondere die Gesellschaft zur Förderung des internationalen Handels diente vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen als quasi-diplomatischer Kanal zwischen beiden Regierungen (5). Aus Anlaß des chinesischen Neujahrsfestes signalisierte ihr Vorsitzender Fujiyama, daß Japans Wirtschaftler und Politiker den Schock der Stornierungen fast schon überwunden hätten. Nach seiner Meinung würde China mit Ablauf von etwa zwanzig Jahren die vier Modernisierungen durchgeführt haben, wobei die ökonomische Neuorientierung eine gute Grundlage bilde; Japans Wirtschaft sei unverändert bereit, langfristig zu dieser Entwicklung beizutragen (6). Fujiyama wiederholte damit die generell eher optimistische Einschätzung japanischer Wirtschaftskreise hinsichtlich der langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der chinesischen Wirtschaft. Dieser Optimismus wurde besonders in einer Umfrage der Long-Term Credit Bank of Japan, Ltd. vom Mai 1980 deutlich, die auf Ersuchen der Chinesen unter 235 japanischen Unternehmen gemacht wurde (7). Als Gründe nannten die meisten Unternehmen: a) billige Arbeitskräfte, b) Größe des Marktes und c) Rohstoffe, die es japanischen Unternehmen lohnend erscheinen lassen, in China zu investieren und so zu seiner Wirtschaftsentwicklung beizutragen. Der grundsätzliche Optimismus aber wird überschattet durch eine Reihe von Hindernissen, die der japanischen Wirtschaft deutlich bewußt sind. Die befragten Unternehmen nannten vor allem drei kritische Punkte:

1. Unsicherheit über die Beständigkeit der gegenwärtigen (im Jahre 1980) Wirtschaftspolitik
2. die fehlende rechtliche Absicherung und
3. schwerfällige Bürokratie und unzureichende Infrastruktur (8).

Nach den abrupten Projektstornierungen scheinen die Befürchtungen unter Punkt 1 wahr geworden zu sein, aber aus Fujiyamas Äußerung, nach der China in 20 Jahren seine Modernisierung abgeschlossen haben könnte, ließe sich folgern, daß Japans Wirtschaftler nach der ersten Bestürzung wieder zum gewohnten Optimismus zurückgefunden haben. (Die 20-Jahres-Frist für Chinas Take-off wurde übrigens auch von mehr als der Hälfte der befragten Unternehmen angenommen.) (9)

6. Zurückhaltung der japanischen Regierung

Die japanische Regierung hat durch die Entsendung des früheren Außenministers und jetzigen Regierungsbeauftragten für internationale Wirtschaftsverhandlungen, Okita Saburo, nach Beijing im Februar eine erste Initiative hinsichtlich der Probleme in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen unternommen; dennoch scheint die Regierung in dieser Phase eher geneigt, die Lösung der Probleme, die aus den Projektstornierungen entstanden sind, größtenteils Japans Wirtschaftskreisen zu überlassen. Nachdem die japanischen Vorstöße während der beiderseitigen Ministergespräche im Dezember 1980 (10) hinsichtlich des Baoshan-Stops keine konkreten Ergebnisse gebracht hatten, will die Regierung erst einmal die Ergebnisse der Kompensationsverhandlungen abwarten. Dabei sieht sie sich aber als Hüter der japanisch-chinesischen Freundschaft, der eingreifen wird, wenn diese Gespräche in einer Sackgasse zu enden drohen. Außenminister Ito betonte vor dem Haushaltsausschuß des Unterhauses, daß die Regierung erst nach Bewertung aller Ergebnisse der bevorstehenden Kompensationsverhandlungen über ein Eingreifen entscheiden wird (11). Die Festigung der Freundschaft ist auch Grundsatz des Regierungschefs Suzuki, der gegenüber dem Vorsitzenden der "Parlamentarierversammlung für japanisch-chinesische Freundschaft" betont hatte, daß die "langfristigen Interessen der (beiderseitigen) Freundschaft von grundsätzlicher Bedeutung sind und auf keinen Fall durch die gegenwärtigen ökonomischen Probleme gefährdet werden dürfen" (12). Die Zurückhaltung der Regierung ist auch als Signal an die japanische Wirtschaft zu verstehen: Gegenüber dem Vorsitzenden der den Wirtschaftsverbänden nahestehenden "Chinesisch-Japanischen Vereinigung", der um Initiativen der Regierung bei der Lösung der Schwierigkeiten gebeten hatte, betonte Ministerpräsident Suzuki zwar den Freundschaftsaspekt, sagte aber nur zu, daß die Regierung alle diesbezüglichen Probleme sorgfältig untersuchen wolle (13).

Ein direktes Eingreifen der japanischen Regierung im Falle des Scheiterns der Kompensationsgespräche kann jedoch als gesichert gelten. Anläßlich des Empfangs für eine chinesische Parlamentarierdelegation unter Leitung der Frau des chinesischen Außenministers, He Liliang, sagte der frühere Ministerpräsident Fukuda (in dessen Amtszeit der Friedens- und Freundschaftsvertrag geschlossen wurde): "Gegenwärtig gibt es einige kleinere Mißverständnisse zwischen Japan und China, wie es auch zwischen anderen Nationen in der Welt der Fall ist. Aber sie bedeuten wenig, wenn wir weiterhin erfolgreich an der Erhaltung des Weltfriedens weiterarbeiten..." Außenminister Ito sagte auf demselben Empfang, daß Japan die ökonomischen Beziehungen freundschaftlich, angemessen und mit kühlem Kopf behandeln werde (14). Aus seinen Worten läßt sich weiter entnehmen, daß die Kompensationsverhandlungen nach japanischen Vorstellungen von Vizepremier Gu Mu geführt werden sollten, was von vornherein eine Doppelgleisigkeit der Verhandlungen, sowohl auf Unternehmensebene (bzw. auf Ebene der Verbände und Konsortien) als auch auf Regierungsebene, zuließe; die japanische Regierung könnte dann frühzeitig eingreifen, wenn Verhandlungsschwierigkeiten auftreten sollten (15). Die japanische Regierung weiß sich dabei einig mit den führenden Oppositionsparteien, insbeson-

dere der Sozialistischen Partei, die ihrerseits die Regierung drängt, alles zu tun, um eine Abkühlung der beiderseitigen Beziehungen zu verhindern (16). Die japanische Regierung ist also bemüht, auf chinesischer Seite den Eindruck abzumildern, den Okitas nachdrückliches Auftreten in Beijing erweckt haben könnte. Durch die deutliche Zurückhaltung bei konkreten Lösungsvorschlägen will Japans Regierung aber offensichtlich verhindern, daß die chinesische Seite die Kompensation aus dem Rahmen rein wirtschaftlicher Verhandlungen heraushebt und zu einem politischen Problem der bilateralen Beziehungen macht; solche Befürchtungen werden genährt durch die Äußerung Gu Mus, die Kompensationsforderungen würden "auf international übliche Weise geregelt" (17). Japan liest daraus die indirekte Forderung Chinas ab, die japanische Regierung möge einen größeren Teil der Verluste japanischer Unternehmen abdecken, dabei würde China dann von Japan die gleiche Risikoabdeckung erwarten, welche die japanische Regierung den Unternehmen des Landes bei Geschäften mit kleinen Entwicklungsländern einräumt. Das MITI hat für den Fall, daß China weder einen Teil der Stornierungen rückgängig macht, noch ausreichende Kompensationen zahlt, bereits die Konsequenzen deutlich gemacht: In diesem Falle würden die betroffenen japanischen Unternehmen Entschädigungen aus der Exportversicherung beanspruchen, und das würde automatisch dazu führen, daß China als "bankrott Land" klassifiziert wird, was jede weitere zukünftige Exportversicherung verhindern würde (18).

Die plötzlichen Projektstornierungen gefährden aber auch den langfristigen "barter trade" zwischen beiden Ländern: Entsprechend dem Abkommen von 1978 sollte der beiderseitige Handel bis 1990 ein Volumen von ca. 20-30 Mrd. US\$ erreichen, wobei China die Lieferung japanischer Großanlagen mit Rohöl bezahlen sollte. Nicht nur ist inzwischen deutlich geworden, daß China weit weniger Öl liefern kann als erwartet - die japanischen Gegenlieferungen aus Anlagen werden auch nicht mehr benötigt, wenn China tatsächlich in großem Umfang auf den Bau weiterer Industrieanlagen verzichtet. Während des Besuches Okitas in Beijing scheint sich hinsichtlich der Öllieferungen sogar teilweise das Bild umgekehrt zu haben: Laut Okita schlug Gu Mu vor, daß Japan aus seinen Ölimporten und -vorräten an China liefert, um eine Reihe petrochemischer Projekte in Gang zu halten bzw. einige der geplanten und jetzt stornierten Projekte doch noch verwirklichen zu können (19). Auch sollte die japanische Regierung niedrig verzinsten Kredite zur Verfügung stellen bzw. in einige Projekte als Joint-Venture-Partner einsteigen. Im Gespräch für die Umwandlung in Joint Ventures sind vier petrochemische Projekte. Japan würde aber bei einer solchen Lösung gezwungen sein, diese Anlagen mit Öl zu versorgen - für die Chinesen würde die Koppelung an die eigene Förderungsplanung entfallen. Schließlich erwartet China auch, daß Japan bei den vier Projekten ca. 4 Mrd. Yuan Kostenanteil übernimmt, den nach der bisherigen Abmachung China zu tragen hätte (20). Dieser Vorschlag, der von Deng Xiaoping stammt, findet anscheinend nicht die ungeteilte Zustimmung der chinesischen Führung; zwar wurde anfangs der Vorschlag als "spontaner Einfall" Dengs heruntergestuft, aber Gu Mu hatte ähnliche Gedanken schon früher geäußert. Japanische Beobachter haben den Eindruck, daß es seitens des Finanzministeriums Widerstände gegen eine solche Regelung gibt; gegenüber dem stellvertretenden Vorsitzenden der "Japan Association for the Promotion of International Trade", Morita, der als Leiter einer Delegation von zehn Wirtschaftsverbänden am 14. Februar Verhandlungen in Beijing führte, hatte Vizepremier Bo Yibo bezüglich der Vorstellung von Deng und Gu geäußert, darüber müsse er noch einmal mit Gu "Rücksprache nehmen" (21).

Auf japanischer Seite war nicht zuletzt aufgrund dieser offensichtlichen Widersprüche der Eindruck entstanden, es

handle sich gerade bei dem Ersuchen um niedrig verzinsliche Kredite nicht um ein offizielles Ansuchen. Inzwischen hat Gu Mu aber gegenüber dem japanischen Botschafter Yoshida deutlich gemacht, daß es sich in der Tat um ein offizielles Ersuchen handle. Yoshida hat angesichts der mangelnden Detaillierung der chinesischen Kreditwünsche aber darauf hingewiesen, daß ohne präzise Pläne kaum wesentliche finanzielle Hilfe von Japan zu erwarten sei. Unterstrichen wurde diese Auffassung von einem Beamten des japanischen Außenministeriums, der für jede Verhandlung auf Regierungsebene die gleiche Vorbedingung stellte und weiter betonte, auch die Verhandlungen zwischen japanischen Unternehmen und China müßten befriedigende Ergebnisse erbringen; es sei daher "nicht angebracht und zu früh" für Gu Mu, schon im März nach Japan zu reisen, wie es die Chinesen angedeutet hatten (22). Hintergrund für diese japanischen Vorbedingungen dürften die Schwierigkeiten sein, auf die Verhandlungen zwischen dem Vizedirektor der China National Technical Import Corp., Liu Xinhua, und japanischen Unternehmen gestoßen sind; Liu ist offensichtlich nicht mit hinreichenden Vollmachten ausgestattet worden. Japanische Unternehmen beginnen die eigene Regierung zu drängen, das Kompensationsproblem auf Regierungsebene zu lösen, aber noch scheint ein gewisser Optimismus für allseits befriedigende Lösungen vorherrschend zu sein (23).

7. Lösung in Sicht?

Die ganze Verunsicherung auf chinesischer Seite, was konkrete Lösungsvorschläge angeht, wird aus den Erfahrungen der Toyo Engineering deutlich. Ihre Vertreter führten bisher zweimal Verhandlungen mit chinesischen Verantwortlichen, darunter auch mit dem Vizedirektor der China National Technical Import Corp., Liu Xinhua. Dabei legten die Chinesen keinerlei konkrete Vorschläge vor, sondern ersuchten vielmehr die Japaner, Methoden zur Lösung des Problems vorzuschlagen. Bei der zweiten Verhandlungsrunde war ein chinesischer Lösungsentwurf erwartet worden, aber - wie die führende japanische Wirtschaftszeitung "Nihon keizai shimbun" berichtete - die chinesische Seite führte nur Formeln wie "Sie müssen die chinesische Situation verstehen" im Munde; die Schlußfolgerung war: Die chinesische Seite hat Schwierigkeiten, die Japaner sollen mit Rat helfen, aber die Lieferverträge müßten geändert werden. Trotz aller Enttäuschung aber ist Toyo Engineering bereit, Vertragsänderungen auszuarbeiten; in den Worten des Vizepräsidenten: "Wir beachten alle Grundsätze des business, aber wenn wir ausschließlich auf Erfüllung der Verträge beharren, kommen wir nicht voran, wir müssen einfach Zugeständnisse machen" (24). Die japanische Seite stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß strikte, buchstabengetreue Vertragserfüllung "westlich" sei; zwar würde in den kommenden weiteren Verhandlungen immer von Verträgen die Rede sein, tatsächlich aber strebe man eine "fernöstliche" Kompromißregelung an. Aus einer solchen Einstellung spricht eher ein verbissener Optimismus, der sich auf Hoffnungen für die Zukunft gründet, als ein ausgesprochen Pessimismus (25).

Nachdem das japanische Finanzministerium Mitte Februar noch die Gewährung von billigen Krediten eher ablehnend beurteilt hatte (26), scheint Japan jetzt doch bereit zu sein, auf diesem Wege zumindest einen Teil der stornierten Projekte noch zu retten. Die chinesische Seite hat drei mögliche Formen der Kreditvergabe zur Diskussion gestellt: 1. "weiche" Regierungskredite, 2. ebenfalls "weiche" Kredite der japanischen Exim-Bank oder 3. niedrig verzinsliche Kredite privater Banken (27). Sowohl MITI als auch besonders die enttäuschten Repräsentanten der fünf hauptsächlich betroffenen japanischen Unternehmen, die mit Liu Xinhua keine Eini-

gung erzielen konnten, drängen auf Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen (28). Als Vermittler sowohl zwischen der japanischen und der chinesischen Regierung als auch den betroffenen Firmen haben zwei prominente "Wirtschaftsdiplomaten" fungiert: einmal der greise Fujiyama (geb. 1897), Vorsitzender der Japanischen Gesellschaft zur Förderung des internationalen Handels (s.o.), der am 13. März ein ausführliches Gespräch mit Deng Xiaoping hatte; Deng soll ihm dabei versichert haben, daß, "wenn Japan noch ein wenig hilft", die Schwierigkeiten überwunden werden können (29). Fujiyama auf dem Fuß folgte dann der frühere Präsident des Wirtschaftsverbandes "Keidanren" und jetzige Vorsitzende der Japanisch-Chinesischen Wirtschaftsvereinigung, Doko Toshio. Ihm versicherten die Chinesen zwei Grundsätze:

1. Nachdem die chinesische Seite noch gegenüber Nippon Steel betont hatte, daß für die erste Ausbaustufe Baoshans keinerlei eigene Mittel mehr zur Verfügung stünden, erfuhr Doko, daß China zumindest die "local costs" dieser Stufe in eigener Verantwortung übernehmen würde.

2. Zwar sei die zweite Ausbaustufe grundsätzlich gestoppt, aber wenn sich die japanische Seite für diese Stufe zu einem Joint Venture bereithalten könne, ließe sich ein Weiterbau denken (30).

Deng Xiaoping hat gegenüber Doko offensichtlich die Bedeutung von Kompensationsregelungen als eher zweitrangig, gemessen an der Fortsetzung des Anlagenbaus, bewertet. Er richtet drei Forderungen an Japan:

1. Vollständige Finanzierung der petrochemischen Komplexe (also auch der "local costs") durch Japan
2. Gewährung von nicht projektgebundenen, niedrig verzinslichen Regierungskrediten und
3. niedrig verzinsliche Handelskredite.

Doko hat demgegenüber betont, daß diese Forderungen nur schwer zu erfüllen sind und daß unbedingt auch über Kompensationen gesprochen werden muß; Japan erwartet von der chinesischen Seite konkrete Vorschläge (31). Sowohl Ministerpräsident Suzuki als auch Außenminister Ito haben betont, daß es sich noch um ein Problem handle, daß auf privater Ebene, also der Ebene zwischen Wirtschaftsorganisationen bzw. Unternehmen und den chinesischen Partnern, abgewickelt werden kann (32). Beide hoben aber auch hervor, daß sich die Regierung bereithalten, einzugreifen, falls durch grundsätzliche Verhandlungsprobleme die freundschaftlichen bilateralen Beziehungen gefährdet erscheinen; verschiedene Lösungsmöglichkeiten würden auf Kabinettsebene geprüft. Die japanische Zurückhaltung, besonders hinsichtlich der chinesischen Kreditwünsche, hat ein Beamter des japanischen Außenministeriums begründet:

1. Auch ohne die zweite Ausbaustufe würde eine Kapitalhilfe, wie sie China erhofft, einen riesigen Betrag ausmachen
2. Die Aussichten der weiteren Ölversorgung aus China sind gegenwärtig nicht abzuschätzen und
3. Japan muß sorgfältig auf ein Gleichgewicht bei dem Volumen der Kapitalhilfe sowohl an China als auch an die ASEAN achten (s. Anm. 22) (33).

Aber in japanischen Wirtschafts- und Regierungskreisen wird ein freundschaftliches Verhältnis zu China - das schon fast an "Beziehungen besonderer Art" erinnert - so hoch gewertet, daß Gu Mu mit einer gewissen Nachsicht und guten Ergebnissen rechnen kann, wenn er Mitte April nach Japan kommt; Kompensationsvorschläge aber wird er unterbreiten müssen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu RMRB, 28.7.80, S.5. Hier geht man davon aus, daß 1 US\$ Importvolumen 4 Yuan innerchinesischer Folgeinvestitionen nach sich zieht.
- 2) Zit. in Jetro China News Letter, Februar 1981.
- 3) Hektographierter Übersetzungstext d. Stud., unv., p.3.
- 4) Ebenda, p.12.
- 5) Vgl. Ogata Sadako, The Business Community and Japanese Foreign Policy: Scalapino, R.A. (ed.), The Foreign Policy of Modern Japan, Berkeley/Los Angeles/London 1977, pp.175-203.
- 6) XNA, 9.1.81.
- 7) Japanese Attitudes toward Investment in China, Survey Results and Reference Data, May 1980, Economic Research Division, The Long-Term Credit Bank of Japan, Ltd.; angesprochen waren 448 Unternehmen, 235 antworteten, d.h. Rücklaufquote = 53%.
- 8) Japanese Attitudes..., a.a.O., p.22.
- 9) Japanese Attitudes..., a.a.O., p.19.
- 10) Vgl. C.a., November 1980, S.929-30.
- 11) XNA, 19.2.81.
- 12) XNA, 14.2.81.
- 13) XNA, 20.2.81.
- 14) XNA, 26.2.81.
- 15) Kyodo, 26. und 27.2.81, nach SWB, 2.3.81.
- 16) Am 25.2.81 empfing Kabinett-Sekretär Miyazawa, der selbst früher Außenminister war, führende Vertreter der SPJ; XNA, 25.2.81, nach SWB, 2.3.81.
- 17) AS, 12.2.81.
- 18) JEJ, 10.2.81.
- 19) JT, 14.2.81.
- 20) Financial Times, 18.2.81.
- 21) AS, 15.2.81.
- 22) JEJ, 17.3.81; der chinesische Wunsch nach billigen Krediten kommt Japan auch unter weiteren außenpolitischen Erwägungen gegenüber der ASEAN äußerst ungelegen: Auf seiner Reise durch diese Staaten hatte Suzuki im Januar bereits Klagen gehört, daß Japan sich bei der Wirtschaftshilfe und Kreditvergabe allzusehr auf China konzentriere; so hatte Japan bewußt Indonesien, dem kritischsten Partner, mit 285 Mio.US\$ einen höheren Entwicklungshilfe-Kredit eingeräumt als China; The Economist, 17.1.81.
- 23) JEJ, 17.3.81.
- 24) Nikkei, 1.3.81.
- 25) Pessimismus in Wirtschaftskreisen stellte z.B. JEJ, 10.2.81, noch als überwiegend fest.
- 26) BPA/Ostinformationen, 19.2.81.
- 27) Nikkei, 12.3.81.
- 28) Nikkei, 12.3.81, S.7; bei den Firmen handelt es sich um Mitsubishi Heavy Industries, C.Itoh, Nippon Steel, Toyo Engineering, Mitsui Ship-Building & Engineering.
- 29) AS, 14.3.81.
- 30) AS, 20.3.81.
- 31) AS, 20.3.81.
- 32) AS, 20.3.81 bzw. AS, 19.3.81.
- 33) AS, 17.3.81.